NORDAMERIKA 26.11.2026 | Elaine Godfrey

Gemäßigt mit Zuckerguss

Progressiv oder moderat: Welches Lager steckt hinter dem Wahlsieg der US-Demokraten? Ein neues Erfolgsrezept könnte den Streit beenden.

Man könnte praktisch jeden Superlativ verwenden, um die überwältigenden Wahlsiege der Demokratischen Partei bei den US-Zwischenwahlen zu beschreiben. Zum ersten Mal seit 145 Jahren wird Mississippi einen schwarzen Senator haben. Rund drei Viertel der Bevölkerung des Landes werden nun von Gouverneurinnen und Gouverneuren der Demokratischen Partei regiert. Und im Repräsentantenhaus dürften die Demokraten einen komfortablen Vorsprung von mehr als 80 Sitzen gegenüber den Republikanern haben. Latinos? Junge Männer? Weiße aus der Arbeiterklasse? Am Wahltag haben sie sich alle nach links bewegt.

Verständlicherweise feiern die Demokraten. Doch es gibt – natürlich – auch Zwist. Die Gemäßigten möchten sich diese Wende als ihren Verdienst anrechnen, insbesondere mit Blick auf die vormals „roten“ (also republikanisch regierten) Bundesstaaten. Das ärgert die Progressiven, die ihrerseits darauf hinweisen, dass viele der Wahlgewinner in ihrer Rhetorik doch sehr an Bernie Sanders erinnern.

Einige mutige Leute, die sich dieser Lagerlogik widersetzen, haben sich indes in die trüben Gewässer dazwischen gewagt: Sie sind überzeugt, dass man die Ergebnisse auf nochmals andere Weise interpretieren kann, und zwar so, dass damit auch die internen Streitigkeiten der Partei beigelegt werden könnten. Ihre Erklärung lässt sich in einem Wort zusammenfassen, bei dem man eher an südkoreanisches *Bulgogi* in einer mexikanischen Tortilla denkt: *Fusion*. So erklärte der progressive Meinungsforscher Adam Carlson, die Demokraten hätten dieses Jahr gesiegt, weil sie „von allen ein bisschen“ übernommen hätten.

Die internen Streitigkeiten um politische Labels mögen kleinlich erscheinen. Manchmal sind sie das auch. Doch für die Demokratische Partei sind diese Auseinandersetzungen und Unterscheidungen von großer Bedeutung. Denn die Lehren, welche die Partei aus diesen *Midterms* zieht, werden nicht nur beeinflussen, wie ihre Politiker

zukünftig regieren, sondern auch, wie sie sich im Präsidentschaftswahlzyklus 2028 verhalten, der bereits in vollem Gange ist.

Umfragen zeigen, dass die meisten Amerikanerinnen und Amerikaner vor allem aufgrund von aufgestauter Wut und tiefer Ernüchterung zur Wahl gegangen sind. Sie stimmten gegen Präsident Trump und die republikanische Führung, statt aktiv für eine mutige oder vielversprechende Vision der Demokraten. Die politische Herausforderung für die Demokraten besteht nun darin, die Ergebnisse adäquat zu interpretieren: Sollen die Wahlkampagnen, wie sie für die Zwischenwahlen geführt wurden, 2028 wiederholt werden? Von welcher Strömung innerhalb der Partei sollten sich die potenziellen Präsidentschaftskandidaten inspirieren lassen?

Die politische Herausforderung für die Demokraten besteht nun darin, die Ergebnisse adäquat zu interpretieren.

Das große Problem dabei ist, dass diese Strömungen im Konflikt miteinander stehen – und das schon seit geraumer Zeit. So sind die Progressiven der Ansicht, der jüngste Erfolg gehe auf sie zurück. Sie erinnern daran, dass viele erfolgreiche Kandidaten, darunter Abdul El-Sayed in Michigan und James Talarico in Texas, mit dem Wahlversprechen antraten, die Korruption der Großkonzerne zu beenden und die US-Milliardäre massiv zu besteuern. Diese siegreichen Demokraten hätten ihren Wahlkampf mit der von Sanders und von der Senatorin Elizabeth Warren populär gemachten Losung „Kampf gegen die Oligarchie“ erfolgreich bestritten. Weitere Daten, die in diese Richtung gehen: Der *Congressional Progressive Caucus* (ein linkes Abgeordnetenbündnis im Kongress) wird mindestens 25 neue Gesichter hinzugewinnen, wodurch seine Mitgliederzahl auf einen Rekordwert von mindestens 105 ansteigt. Ebenso wird sich die Zahl der Abgeordneten, die sich als demokratische Sozialisten bezeichnen, von zwei auf acht vervierfachen. „Wenn diejenigen, die sich als moderat bezeichnen, nun den Kandidaten, die mit unseren Themen Wahlkampf gemacht haben, ihr Etikett aufdrücken wollen, dann ist das für uns in Ordnung – wir haben den Kampf um die Herzen, die Seelen und die zukünftige

Ausrichtung der Partei gewonnen“, betonte Adam Green, Mitbegründer des *Progressive Change Institute*, bei der Veröffentlichung der Wahlanalyse seines Instituts.

Möglicherweise zum Verdruss von Green, sehen die Gemäßigten die besagten Kandidaten eher als Teil der ihren: Sie weisen darauf hin, dass ökonomischer Populismus ein seit Langem bestehendes Prinzip der Demokratischen Partei sei – und kein Konzept, das den Progressiven vorbehalten ist. Sie merken zudem an, gerade die demokratischen Kandidatinnen und Kandidaten, die republikanische Senatssitze erobert haben, hätten offensichtlich Wege gefunden, sich als unabhängig von progressiver Orthodoxie darzustellen. In Texas beispielsweise stellte sich Talarico demonstrativ hinter die Ölindustrie. In Iowa sprach sich Josh Turek im Wahlkampf für Grenzsicherheit sowie dagegen aus, dass Transgender-Frauen im Frauensport antreten dürfen. Mehr noch: Keiner der erfolgreichen Demokraten in vormals roten Bundesstaaten sprach sich für die allgemeine, staatlich finanzierte Krankenversicherung *Medicare for All* aus. „Die Lehre aus diesem Wahlzyklus ist eindeutig: Hochkarätige Vertreter der Mitte waren 2026 die Mehrheitsbeschaffer für die Demokraten. Und damit sind sie auch ein Vorbild für 2028“, heißt es in einer Analyse des zentristischen Thinktanks *Third Way*. Die *Blue Dog Coalition*, eine kleine Fraktion gemäßigter Demokraten im Repräsentantenhaus, wird sich im kommenden Jahr mehr als verdoppeln und auf mindestens 22 Mitglieder anwachsen.

Unterdessen versucht eine dritte Gruppe in der Demokratischen Partei, Frieden zwischen den Flügeln zu stiften. Diese Mitglieder gehen davon aus, dass demokratische Kandidaten gewonnen haben, weil es ihnen gelungen ist, die besten Ideen beider Lager zu vereinen. Sie hätten einen gemäßigten Kuchen mit progressivem Zuckerguss gebacken. Was, wenn die Demokraten tatsächlich alles haben könnten? „Diese Wahl deutet auf einen neuen liberalen Fusionismus hin. Es gibt Kandidaten, die linken Wirtschaftspopulismus mit zentristischem Pragmatismus verbinden“, fasste es Rotimi Adeoye von der *New York Times* auf Xzusammen. Die Fraktionskämpfe innerhalb der Demokratischen Partei seien nun „Geschichte, nur noch Geschnatter auf dem Flur“. Einige der neuen Abgeordneten zeigen bereits, wie diese *Fusion* in der Praxis aussehen könnte: Sam Forstag, ein ehemaliger Fallschirmspringer aus Montana, plant beispielsweise, sowohl den *Blue Dogs* als auch dem *Congressional Progressive Caucus* beizutreten.

Der Fusionismus ist ursprünglich ein Konzept

Der Fusionismus ist ursprünglich ein Konzept der Republikaner. Der frühere Präsident Ronald Reagan war ein großer Befürworter dieser Idee,

der Republikaner.

die vom Politphilosophen Frank Meyer entwickelt und vom Herausgeber der *National Review*, William F. Buckley Jr., aufgegriffen wurde. Für die Republikaner bedeutete *Fusion*, traditionellen gesellschaftlichen Konservatismus mit einem libertären Verständnis der freien Marktwirtschaft zu verbinden. Die Demokraten könnten dementsprechend versuchen, gesellschaftliche Mitte-Positionen (keine Teilnahme von Transgender-Personen am Mädchensport; scharfer Grenzschutz) mit progressiven wirtschaftspolitischen Zielen (Anhebung des Mindestlohns; Besteuerung der Reichen) in Einklang zu bringen.

Befürworter des Fusionismus sind große Fans von Senator Jon Ossoff aus Georgia. Er wetterte während seines Wahlkampfs praktisch ununterbrochen gegen Korruption in Politik und Wirtschaft, sprach sich gleichzeitig aber gegen mehrere klassisch progressive Prioritäten aus, darunter *Medicare for All*, die Abschaffung der US-Einwanderungsbehörde ICE sowie eine Erweiterung des Obersten Gerichtshofs. Ähnlich Talarico: Der texanische Landespolitiker wiederholte immer wieder: „Die einzige Minderheit, die Amerika zerstört, sind die Milliardäre." Gleichzeitig kritisierte er jedoch, Ex-Präsident Biden habe die Grenzen nicht ausreichend gesichert. Mit Blick auf Transkinder in Sportteams äußerte er sich ähnlich wie Ossoff.

Der progressive Meinungsforscher Carlson glaubt, dass dieses politische Erfolgsrezept – von allem etwas nehmen und kräftig umrühren – für die Demokraten funktionieren könnte. Er listet auf, welche Prioritäten aus den erfolgreichen Wahlkämpfen 2026 seiner Ansicht nach Teil des Konzepts für die landesweite Strategie der Partei werden sollten: Korruption bekämpfen, Milliardäre als Feinde benennen, Fingerspitzengefühl in Transgender-Fragen zeigen, den Patriotismus für sich zurückgewinnen, Grenzen sichern und KI-Unternehmen regulieren. (Auch die Abgeordnete Sarah McBride aus Delaware scheint Anhängerin der *Fusion*-Strategie zu sein: „Ich stimme zu. Volltreffer", antwortete sie mit Blick auf Carlsons Liste.)

Andere Demokraten bevorzugen eine andere Wortwahl. Adam Jentleson bezeichnet den Mix aus unterschiedlichen Flügel-Ansichten als „heterodox". Sein Thinktank *Searchlight Institute* argumentiert, wenn die Demokraten in Zukunft erneut eine Supermehrheit im Kongress erringen wollen, dürften sie nicht starr an bestimmten Positionen festhalten, nur weil diese im Parteiprogramm stehen. Schließlich ließen

sich die Meinungen des durchschnittlichen amerikanischen Wählers nicht sauber entlang ideologischer Linien einordnen. „*Fusion*, Heterodoxie – nennen Sie es, wie Sie wollen. Aber wir müssen die Vergangenheit hinter uns lassen und ein neues Modell schmieden", so Jentleson im Gespräch.

Das Problem mit Etiketten ist, dass sie sperrig und akademisch erscheinen. Brauchen wir wirklich noch mehr davon? Auch die progressive Strategin Rebecca Katz stöhnte hörbar auf, als ich sie nach ihrer Meinung zu „Fusionismus" und „Heterodoxie" fragte. Die von ihr unterstützten Kandidatinnen und Kandidaten lehnten solche ideologischen Etiketten ab. Gina Hinojosa, die Demokratin aus Texas, die gerade Gouverneur Greg Abbott besiegt hat, würde sie beispielsweise als „post-partisan" beschreiben, also über Flügeldenken hinausgehend. (Das klingt zwar durchaus nach einem weiteren Etikett, aber nun ja.) Hinojosa habe ihren Wahlkampf fast ausschließlich auf ökonomische Themen ausgerichtet, so Katz. Doch es sei ihr gelungen, zu gewinnen, ohne bei gesellschaftlichen Themen Abstriche zu machen. „Hat sie Transkinder im Stich gelassen? Ich denke nicht."

Diverse moderate Demokraten argumentieren in ähnlicher Weise, „Fusionismus" als Konzept sei überflüssig. Denn eine Mischung aus progressiven und pragmatischen Positionen zu vertreten, sei genau das, was sie bereits tun. Die jüngsten Wahlsiege seien ein Beweis dafür, dass die Partei diese moderate Linie im Hinblick auf 2028 beibehalten sollte.

Wie auch immer man es nennen will, die Demokraten scheinen eine erfolgversprechende Mischung politischer Positionen gefunden zu haben – oder zumindest eine, die dieses Mal zum Sieg geführt hat. Nun geht es weniger um Etiketten und Selbstbezeichnungen als vielmehr darum, den Wählerinnen und Wählern zu zeigen, wie die Demokraten ihre politische Macht in der Praxis einsetzen werden. Werden sie wie Progressive regieren oder wie Gemäßigte? Vielleicht ja „von allem ein bisschen".

© The Atlantic

Aus dem Englischen von Tim Steins



Elaine Godfrey
Washington D.C.

Elaine Godfrey ist Journalistin und Politikredakteurin beim US-amerikanischen Magazin *The Atlantic* und schreibt über innenpolitische Themen.